

Literatur

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **12 (1920)**

Heft 1

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ausland.

Deutschland. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtet einen Appell an die Arbeiterschaft aller Länder, sich einzusetzen für die Freilassung der Kriegsgefangenen. Trotzdem der Krieg seit mehr als einem Jahr beendet ist und trotzdem Deutschland die drückenden Friedensbedingungen anerkannt und den Friedensvertrag unterzeichnet hat, schmachten noch 400,000 Deutsche in Kriegsgefangenschaft.

Auch auf eine Eingabe des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes um Freilassung der Kriegsgefangenen ist keine Antwort erfolgt.

Das Kriegsende hat gezeigt, dass die Vertreter der «Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts» der Völker ihre in der Not gegebenen Versprechen längst vergessen haben. Die Ententemächte pfeifen heute auf alle Notsschreie der Gefangenen wie auf die Fürsprache der Neutralen.

Italien. *Achtstündiger Arbeitstag.* Die Genossen d'Aragona und Bianchi haben bei der Deputiertenkammer die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages beantragt. Im Zusammenhang damit verlangten sie eine Verbesserung des Unterrichts in Volksschulen und Fortbildungsschulen.

Oesterreich. *Gewerkschaftskongress.* Anfang Dezember 1919 fand in Wien der erste Gewerkschaftskongress seit der Zerstückelung Oesterreichs statt. Die politische Neuorientierung kam in der Anwesenheit der derzeitigen Regierungsvertreter zum Ausdruck. Neben der Berichterstattung beanspruchten die Organisationsfragen und die Diskussion über die Rätefrage das meiste Interesse.

Im neuen Organisationsentwurf wird als Grundlage die Berufs- und die Industrieorganisation empfohlen, doch soll in gewissen Fällen auch die Betriebsorganisation gelten.

Die Diskussion der Ernährungsfrage zeigte die bekannten erschütternden Bilder des Wiener Elends. Fimmen als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes versprach, mit aller Macht dahin zu wirken, dass eine grosszügige Hilfe organisiert werde.

Zu den Fragen «Sozialpolitik und Sozialversicherung, Betriebsräte und Aufbau der Produktion, Einigungsämter, Arbeiterkammern» wurden Entschliessungen angenommen, die zeigen, dass die österreichischen Gewerkschaften durchaus auf dem Boden der praktischen Arbeit stehen.



Notizen.

Einbanddecken für den Jahrgang 1919 der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ und der „Revue Syndicale“. Wir fordern die Genossen, Abonnenten und Organisationen, welche die Zeitschrift einbinden lassen wollen, auf, bis längstens den 30. Januar die Einbanddecken zu bestellen. Das Inhaltsverzeichnis liegt dieser Nummer der «Rundschau» bei. Auf Wunsch lassen wir auch das Einbinden besorgen, in diesem Fall müssen die 12 Nummern des Jahrgangs 1919 nebst Beilagen eingesandt werden.

Die Einbanddecken kosten pro Stück Fr. 1.60, inklusive Einbinden Fr. 2.50.

Die Arbeitgeber und die Gewinnbeteiligung. Unser Gutachten über die Gewinnbeteiligung beschäftigte auch die «Arbeitgeberzeitung». Sie kommt, angeblich aus andern Gründen, zum gleichen Schluss wie wir. Während sie uns für die Ablehnung der Gewinnbeteiligung hauptsächlich politische Gründe imputiert, lehnt sie dieselbe ab, weil sie unmöglich sei.

«Die allgemeine Einführung der Gewinnbeteiligung ist unmöglich. Die Ertragnisse der einzelnen Unternehmungen sind äusserst verschieden. Der grösste Teil der Betriebe hätte nach Abzug des Kapitalzinses wohl nur unbedeutende oder überhaupt keine Gewinne zu verteilen. Die Folgen, die eine allgemeine Einführung der Gewinnbeteiligung für Betriebe mit hohem und für solche mit geringem oder gar keinem Gewinn hätte, wird dem Leser wohl klar sein. Sie sind übrigens in dieser Zeitung schon behandelt worden.»

Wir stellen fest, dass diese Gründe auch in unserm Gutachten angetönt sind. Wollten wir boshaft sein, so könnten wir aber immerhin behaupten, im Grunde genommen ist es den Herren doch um nichts anderes als um den alleinigen Profit zu tun.

Die Belohnung. Nach den Novemberstreiks von 1918 rückten die katholischen Gewerkschaften mit einem hörbaren Ruck vom Arbeiterbund ab. Das war natürlich eine berechnete Geste. Der Arbeiterbund besteht ja nur dem Namen nach, und es wäre ein Unrecht, ihn für die Streiks verantwortlich zu machen. Den Brüdern in Christo war es aber darum zu tun, sich als zuverlässige Prätorianer beim Bundesrat vormerken zu lassen. Als Rechnung für ihr Wohlverhalten präsentierten sie dem Bundesrat ein Subventionsgesuch für ihr Sekretariat im Betrag von 25,000 Fr. Der Bundesrat weiss, was sich gehört. Der Antrag wurde ohne Umstände geschluckt, und so figuriert im Budget pro 1920 neben der Subvention für das Arbeitersekretariat eine solche für den sogenannten christlichen Gewerkschaftsbund. Gemessen an den Mitgliederzahlen müsste nun bei gerechter Würdigung unserm Gewerkschaftsbund eine Subvention von 500,000 Fr. ausgerichtet werden. Statt dessen partizipieren wir bescheiden an den 30,000 Fr. für das Arbeitersekretariat und sehen zu, wie Handels- und Industrieverein, Gewerbeverband, Kaufmännischer Verein, Angestelltenkammer, Bauernbund und christliche Gewerkschaften die Bundeskuh nach Kräften melken. Alle diese Organisationen ziehen rund eine Viertelmillion pro Jahr.

Stimmen zum Gewerkschaftsbericht. «*Gewerbezeitung*»: Aus diesem Bericht entrollt sich uns ein Bild tatkräftiger, zielbewusster Organisation, aber auch selbstlosen Opfersinns. Wir wissen ja wohl, dass zum Teil die Gewalt das Szepter führt . . . , dass andererseits gegenüber der straffen Machtentfaltung der Gewerkschaften nur eine energische, geschlossene Gegenorganisation der Handwerksmeister imstande ist, unsere Interessen wirkungsvoll zu verfechten.

«*Schweizerische Arbeitgeberzeitung*»: Das Jahr 1918 hat der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unseres Landes einen Mitglieder- und Machtzuwachs gebracht wie noch keines je zuvor . . . Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten im grossen und ganzen bei der Verwaltung des Verbandsvermögens anerkennenswerte Vorsicht und in gewissem Sinne auch Sparsamkeit an den Tag legen . . .

Es dürfte wohl wenige Meisterverbände im Handwerk und Gewerbe geben, die ihren Mitgliedern auch nur den dritten Teil dieser Leistung (der Beiträge) zumuten . . .



Literatur.

Die Schweiz und der Völkerbund. Von Dr. E. Laur. Herausgegeben vom schweizerischen Aktionskomitee für den Völkerbund.

